Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis XV
§ 1 Einführung: Das Steuerstaatsprinzip und die abgabenrechtliche Lenkung 1
A. Stand der Diskussion 4
B. Untersuchungsgang und Untersuchungshypothesen 5
§ 2 Die Abgabenarten des Grundgesetzes 9
A. Die Steuer 10
I. Der verfassungsrechtliche Steuerbegriff 10
II. Konkretisierung der Merkmale 11
1. Gegenleistungsunabhängigkeit 11
2. Fiskalzweck 13
III. Fiskalzweck als Nebenzweck 14
1. Der Begriff der steuerlichen Norm mit Lenkungszweck 14
a. Differenzierung von Zweck und Wirkung einer Steuer 14
b. Begriffsbestimmung 15
2. Abgrenzung 16
a. Verfassungsrechtliche Bedeutung 16
b. Bestimmung der abzugrenzenden Normkategorien 17
c. Abgrenzungsmethoden 17
aa. Objektive Abschichtung 18
bb. Subjektiver Ansatz 18
3. Zwischenergebnis 19
B. Die nichtsteuerlichen Abgaben 20
I. Vorzugslasten 20
II. Sonderabgaben 20
III. Weitere Abgabenarten 21
C. Zusammenfassung 21
§ 3 Das Gebot der Belastungsgleichheit der Abgabenpflichtigen 23
A. Der Geltungsgehalt für Steuern und nichtsteuerliche Abgaben 23
B. Rechtfertigung von Abweichungen 25

I. Allgemeine Rechtfertigungsanforderungen ... 25
II. Anforderungen an die Rechtfertigung abgabenrechtlicher Ungleichbehandlung ... 26
C. Zusammenfassung ... 28
§ 4 Die abgabenrechtliche Lenkung und ordnungsrechtliche Alternative ... 29
A. Begriffsbestimmung ... 29
B. Entwicklung ... 31
C. Wirkung ... 34
I. Homo oeconomicus-Gedanke ... 34
II. Marktkonformität ... 35
III. Freiheitsschonenderes Wahlrecht ... 36
IV. Höhere Wirksamkeit und Effizienz ... 37
V. Ergebnis: Ist die Lenkung über Abgaben eine Alternative zum Ordnungsrecht? ... 38
D. Zusammenfassung ... 39
§ 5 Das Steuerstaatsprinzip ... 41
A. Der Steuerstaat als idealtypischer Zustand ... 41
I. Begriff ... 41
II. Staatstheoretische Elemente ... 42
1. Überwiegende Finanzierung aus Steuern ... 42
2. Trennung von Staat und Wirtschaft ... 43
III. Gegenentwurf: Gebührenstaat ... 44
B. Die Entwicklung des Steuerstaatsprinzips im Grundgesetz ... 47
I. Bis in die 1970er Jahre ... 47
II. Ab den 1970er Jahren ... 48
C. Die dogmatische Herleitung und normative Anknüpfung des Steuerstaatsprinzips im Grundgesetz – eine Gesamtbetrachtung ... 49
I. Unzulässigkeit öffentlicher Dienstverpflichtungen ... 49
II. Entscheidung für die Privatwirtschaft ... 52
III. Hervorgehobene Stellung der Steuer in Art. 105 ff. GG ... 56
IV. Ordnungsfunktion der Finanzverfassung für die bundesstaatliche Struktur . 61

V. Verfassungsgrundsatz der Vollständigkeit des Haushaltsplans und Demokratieprinzip 65
VI. Sozial- und Rechtsstaatsprinzip 69
1. Sozialstaatsprinzip 69
2. Rechtsstaatsprinzip 71
3. Sozialer Rechtsstaat 73
VII. Belastungs- bzw. Lastengleichheit der Bürger 75
VIII. Schutz im Sinne einer Verfassungsvoraussetzung 78
IX. Zusammenfassung 79
D. Die Rechtswirkungen des Steuerstaatsprinzips auf lenkende Abgaben 80
I. Normativer Gehalt 81
1. Begrenzung nichtsteuerlicher Abgaben im Besonderen 81
a. Quantitative Einschränkung 82
b. Qualitative Einschränkung 85
aa. Das Besondere an der besonderen sachlichen Rechtfertigung 86
bb. Der Restgehalt der qualitativen Einschränkung 88
2. Begrenzung nichtsteuerlicher Abgaben im Allgemeinen 88
3. Polizeikosten bei Hochrisikospielen im Lichte des Steuerstaatsprinzips 90
4. Ergebnis: Finanzverfassungsrechtlicher Wertungs- und Interpretationsgrundsatz 93
II. Lenkende nichtsteuerliche Abgaben 95
1. Notwendigkeit einer Zuordnung 95
2. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen 98
a. Gebühren 99
aa. Benutzungsgebühr 100
bb. Verleihungsgebühr 101
cc. Belastungsgrund: Kostendeckung 102
dd. Zwischenergebnis 103
b. Sonderabgabe 104
c. Vorteilsabschöpfungsabgabe 106
d. Lenkungsabgabe als Abgabe sui generis 108
e. Ergebnis: Zulässigkeit lenkender nichtsteuerlicher Abgaben 111

3. Exkurs: Zulässige Gestaltung über die Aufkommenswirkung von Abgaben? ... 111
4. Brennstoffemissionshandelsgesetz ... 114
a. Verfassungsrechtliche Problemstellung ... 114
b. Verfassungsrechtliche Einordnung ... 115
aa. Steuer oder nichtsteuerliche Abgabe? ... 115
bb. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung mit Schwerpunkt auf der Einführungsphase und dem Preiskorridor ... 116
5. Zusammenfassung ... 119
III. Steuerliche Normen mit Lenkungszweck ... 120
1. Arten steuerlicher Normen mit Lenkungszweck ... 122
2. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen ... 124
a. Gesetzgebungskompetenz ... 125
b. Rechtfertigung vor dem Allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) ... 128
aa. Auswirkung der Besonderheit zwischen Steuern und nichtsteuerlichen Abgaben auf den Prüfungsmaßstab? ... 129
bb. Durchbrechung der Lastengleichheit in Form der Leistungsfähigkeit ... 131
cc. Maßstabsbestimmung: Gefahr für die Ordnungsfunktion der Finanzverfassung? ... 132
dd. Konkretisierte Anforderungen nach dem Steuerstaatsprinzip ... 134
3. Zwischenergebnis: Ist die steuerliche Lenkung ein Fremdkörper im Steuerstaat? ... 136
IV. Zwischen Anspruch und Anwendung – ein Steuerstaatsprinzip auf Richtungssuche? ... 138
1. Sonderabgabe Absatzfonds ... 139
2. Rundfunkbeitrag ... 140
3. Windenergiebeteiligungsgesellschaft ... 141
4. Polizeikosten bei Hochrisikospielen ... 144
5. Abschließende Beurteilung ... 146
E. Fazit und weiterer Gang der Untersuchung ... 147

§ 6 Das Steuerstaatsprinzip – Leitgedanke oder verfassungsrechtliche Wirklichkeit? 149

A. Die Finanzverfassung im Gefüge des Grundgesetzes 150

I. Die Finanzverfassung des Grundgesetzes 151

1. Systematische Stellung 151

2. Einordnung der Finanzverfassung ins Gefüge des Grundgesetzes 151

a. Finanzverfassung als konkretisiertes Bundesstaatsprinzip 152

b. Finanzverfassung als „Folgeverfassung“? 153

aa. Finanzverfassung als Ausfluss aus dem Bundesstaatsprinzip? 154

bb. Hinausgehender Schutz der Bürger über die Innenwirkung zwischen Bund und Ländern? 156

cc. Zwischenergebnis 158

c. Rechtswirkung der Finanzverfassung 159

aa. Interpretationslinien für Art. 104 ff. GG 159

bb. Auswirkungen auf die Gesetzgebungskompetenz von steuerlichen Normen mit Lenkungszweck 160

3. Ergebnis: Das Grundgesetz als Grundlage der Interpretation der Finanzverfassung 162

II. Zusammenfassung: Auswirkung auf die Begründung des Steuerstaatsprinzips 162

B. Die politische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 163

I. Verfassungsrechtlich garantierte Gestaltungsfreiheit 164

II. Grenzen der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 165

1. Möglichkeiten der Verfassungsinterpretation 165

a. Das Grundgesetz als Grundordnung 166

b. Das Grundgesetz als Rahmenordnung 169

c. Zwischenergebnis 173

2. Einschränkung durch die finanzverfassungsrechtlichen Kompetenznormen 175

3. Einschränkung durch Verfassungsprinzipien 175

a. Bundesstaatsprinzip 175

b. Sozialstaatsprinzip 176

4. Einschränkung durch Grundrechte 176

5. Finanzverfassung als Leitgedanke an den Gesetzgeber? 178
III. Zusammenfassung: Auswirkung auf die Begründung des Steuerstaatsprinzips 179
C. Ergebnis: Offenheit der staatlichen Einnahmenerzielung? 179
§ 7 Folgeerwägungen: Anforderungen an die abgabenrechtliche Lenkung 181
A. Grundthese: Keine Sonderdogmatik durch ein verfassungsrechtliches Steuerstaatsprinzip 181
B. Lenkende nichtsteuerliche Abgaben 183
I. Notwendigkeit einer Zuordnung? 183
II. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Durchbrechung des Grundsatzes der Belastungsgleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG) 184
III. Verfassungsmäßigkeit des Brennstoffemissionshandelsgesetzes 186
C. Lenkungsnormen und -steuern 189
I. Gesetzgebungskompetenz 190
II. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Durchbrechung des Grundsatzes der Belastungsgleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG) 190
D. Zusammenfassung 192
§ 8 Zusammenfassung der Ergebnisse 195
Literaturverzeichnis 203